

# BDU-Strukturreform

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der BDU e.V. vertritt satzungsgemäß die Interessen der Urologinnen und Urologen in Praxis und Klinik gegenüber den Partnern im Gesundheitswesen.

Bisher ist der BDU e.V. eine ehrenamtlich geführte Interessenvertretung deren Mitglieder und gewählte Vertreter die Geschicke des Vereins über die Gremien (Präsidium, Hauptausschuss, Arbeitskreise und Sachausschüsse) steuern.

Die Veränderungen in der Gesellschaft, im Gesundheitssystem, in der Meinungsbildung und Gesetzgebung erfordern eine stringenteren Interessenvertretung im BDU e.V. als bisher, wenn urologische Versorgung ambulant und stationär in Zukunft Bestand haben soll. Dies haben die Ergebnisse der letzten Jahre deutlich gezeigt. Nicht nur das Fach Urologie an sich wird durch andere Interessensverbände in bedrohlicher Weise attackiert, auch der Verband selber hat in der Vergangenheit wichtige Entwicklungen kaum mitgestalten können, wie etwa fundamentale Vertrags- und Vergütungsstrukturen (z.B. RLV-Entwicklung, medikamentöse Tumortherapie, Onkologievereinbarung, Vertragsarztänderungsgesetz, u.a.).

Zeitgleich wurde die Urologie wie kein zweites Fach durch Strukturen wie IQWiG und GBA ins Visier genommen (alle bisherigen Prüfungen wichtiger operativer urologischer Leistungen der beiden Gremien betrafen bisher das urologische Fach) und neue Veränderungen stehen an, deren Folgen schwer abzuschätzen sind (Versorgungsgesetz).

Auf Bundesebene gibt es über 50 Institutionen aus den Bereichen Versorgung, Selbsthilfe, Berufsverbände, ärztliche Selbstverwaltung, Vertragswesen und Politik, so dass eine kleine Fachgruppe wie die Urologie nur

dann gehört wird, wenn sie durch ständige Präsenz und fortlaufende Eingaben eine höhere Wahrnehmung erzeugen kann als bisher. Gleiches gilt auf Ebene der Länder, denn dort wird Gesundheitspolitik umgesetzt.

Es wird schnell klar, dass die unzähligen präsidialen Aufgaben auf Basis eines Ehrenamtes und das große ebenfalls ehrenamtliche Engagement der Mitglieder in Präsidium und Hauptausschuss diese Präsenz ohne eine Professionalisierung des BDU e.V. nicht erzeugen können. Andere Fachgruppen haben das längst erkannt und diesen Schritt bereits mit Erfolg vollzogen, wir geraten daher zunehmend in Zugzwang.

Ich habe mir als der von Ihnen gewählte Präsident daher zum Ziel gesetzt, die von Klaus Schalkhäuser und Martin Bloch mit Weitsicht in der Satzung vorbereitete Professionalisierung des BDU e.V. schrittweise und gemäß Ihrer Forderung aus der Mitgliederversammlung 2010 in Düsseldorf weiter voranzutreiben.

Unter Mitarbeit des Präsidiums und des Hauptausschusses hat ein von mir initiiertes Struktur- und Vergütungs-ausschuss ein Konzeptpapier entwickelt, welches folgende Vorschläge beinhaltet:

- Zunächst und ohne Zeitverzug soll eine hauptamtlich geführte Geschäftsführung mit Büro in Berlin eingerichtet werden, deren Geschäftsführer extensive Erfahrung aus den Bereichen der Berufsverbände, dem Gesundheitswesen und den Vertragspartnern sowie der ärztlichen Selbstverwaltung und Gesundheitspolitik mitbringen muss. Präsidenschaft, Präsidium und Hauptausschuss werden dabei ehrenamtlich weitergeführt. Nur eine solche hochqualifizierte Person kann die Belange des BDU e.V. entsprechend vertreten und Kontakte gezielt nutzen. Auch wenn dies eine erhebliche

Anstrengung für uns Mitglieder bedeuten wird, macht die Besetzung einer solchen Stelle aus der „zweiten Reihe“, wie Erfahrungen anderer Berufsverbände gezeigt haben, wenig Sinn.

- Neben der Geschäftsstelle schlägt der Strukturausschuss vor, im zweiten Schritt eine stringente Aufgabenteilung unter Bildung von Ressorts vorzunehmen, welche aus bestehenden Ausschüssen und Arbeitskreisen hervorgehen und thematisch neu geordnet werden sollen. Diese Ressorts erhalten bei Bedarf professionelle Unterstützung durch Zuarbeit der Geschäftsstelle, ggf. unter Einstellung weiterer Personalien (Referenten) und dienen u.a. auch der Unterstützung der Landesverbände und deren Gremienarbeit in den zahllosen Strukturen in der Selbstverwaltung und dem Verbandswesen auf Landesebene.
- Ressort Berufspolitik/Lobbyarbeit; Ressort Aus- und Weiterbildung; Ressort Qualitätsmanagement und Leitlinien; Ressort Vertrags- und Berufsrecht; Ressort Kommunikation; PR, Kongressmanagement; Ressort Patientenversorgung.

Durch diese Maßnahmen soll Berufspolitik im Interesse unserer Patienten und Kolleginnen und Kollegen in Verbänden, in den Medien, bei den Vertragspartnern und Entscheidungsgremien bis in die Politik erkennbar wahrgenommen werden.

Es muss deutlicher werden, dass sich der BDU e.V. nachdrücklich dafür einsetzt, unseren Patientinnen und Patienten weiterhin eine hochwertige urologische Versorgung zu erhalten und dass die drohende Zersplitterung unseres Faches mit Zuordnung von Teilbereichen (Onkologie, Andrologie, Zytologie usw.) zu anderen Fachgruppen nicht in unserem Interesse liegt und eben sowenig der Versorgung unsere Patienten dient.

Professionalisierung auf hohem Niveau und die notwendige Umstrukturierung sind nicht zum Nulltarif zu haben. Somit muss eine Finanzierung sichergestellt sein. Um unabhängig zu bleiben, kann diese explizit nur über die Beitragsregelung erfolgen. Eine Beitragsanpassung ist daher unerlässlich, wenn es gelingen soll, den BDU e.V. im angeführten Sinne und zu unserem Nutzen wahrnehmbar zu machen! Wer denkt, man bekomme dies für den Gegenwert einer Tasse Kaffee / Tag (Raststätten Preis 2€) wird erstaunt sein, dies ist tatsächlich möglich. Wer aber erwartet, ein schlagkräftiger Berufsverband wäre im Konzert professionell organisierter Verbände, Versicherer und Justitiare für weit weniger zu haben, wird den Status quo akzeptieren müssen. Interessenpolitik ist dann nicht wirklich abzubilden, wie die letzten Jahre anschaulich gezeigt haben.

Um die Beitragsanpassung so moderat wie möglich zu gestalten, muss natürlich ein Augenmerk auf der Kostenreduktion durch intensive Nutzung von Kooperationen mit anderen Berufsverbänden, der Akademie und der DGU erfolgen, das entbindet uns aber nicht von der Pflicht zur Selbstständigkeit.

Die künftige Versorgung unserer urologischen Patientinnen/Patienten erfordert eine andere, nachhaltige Interessenvertretung des BDU e.V. Berufspolitisch befinden wir uns in einem fortwährenden Arbeitskampf, den wir in alleiniger ehrenamtlicher Tätigkeit gegen ein durch und durch professionalisiertes und hochkomplexes Umfeld nicht mehr gewinnen können.

Auf der kommenden Mitgliederversammlung werden wir um Ihre Zustimmung zu diesem wichtigen Schritt des BDU e.V. bitten, wir freuen uns schon jetzt auf Ihre Teilnahme.

**Dr. A. Schroeder**

Neumünster, im Juli 2011